



JÜRGEN STEINERT ERINNERT SICH

ANFÄNGE DER VERBANDSARBEIT DER BAUGENOSSENSCHAFTEN

Vom Lehrling im Berliner KaDeWe, dem berühmten „Kaufhaus des Westens“, wo er zum Einzelhandelskaufmann ausgebildet wurde, bis zum Hamburger Senator und später zum Vorsitzenden des Gesamtverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) – sein Lebensweg hat Jürgen Steinert in verantwortliche Positionen geführt. 1964 traf dieser Weg auf den der Baugenossenschaft Bergedorf-Bille.

Ein Gespräch mit dem Historiker Dr. Holmer Stahncke.

„Ich habe damals in Hamburg an der Hochschule für Wirtschaft und Politik studiert und war auch Landesvorsitzender des Sozialdemokratischen Hochschulbunds“, erinnert sich Steinert. „Zu einer unserer Veranstaltungen kam ein Architekt, der damals für die Bergedorf-Bille gearbeitet hat und ein Förderer unseres Hochschul-

bundes war.“ Steinert, der mit seiner Frau in einer Einzimmerwohnung in Barmbek lebte, meldete sich bei der Bergedorf-Bille. Einige Zeit später bot sie ihm eine Wohnung in der Habermannstraße 12 an. Steinert wurde Mitglied der Genossenschaft und lebte in seiner Genossenschaftswohnung, bis er 1974 Senator wurde.

Jürgen Steinert (81 J.) war viele Jahre Vorsitzender des Gesamtverbandes deutscher Wohnungsunternehmen (GdW).

In Bergedorf engagierte Steinert sich nicht nur in der SPD, er war auch Mitgliedvertreter in der Bergedorf-Bille. Auf den Versammlungen im Gewerkschaftshaus lernte er Caesar Meister, den Gründer und Vorsitzenden der Genossenschaft, kennen. Er habe ihn als sehr freundlichen, klugen, zurückhaltenden und hilfsbereiten Menschen erlebt, sagt Steinert, den später eine lebenslange Freundschaft mit Meister verband. Als Caesar Meister 1974 aus dem Amt des Bausenators schied und Jürgen Steinert Bundesratssenator wurde, bat Meister ihn, seinen Fahrer und sein Dienstfahrzeug zu übernehmen. „Er wollte, dass



Viele Jahre wohnte der ehemalige Bundesratssenator mit seiner Familie in der Habermannstraße 12.

er einen neuen Chef bekommt, der seinen Vorstellungen vom vernünftigen Umgang mit Menschen entsprach. Und das hat er in mir gesehen.“

In den Vertreterversammlungen gab es damals kaum Kontroversen. „Die beiden Vorsitzenden Caesar Meister und Werner Neben waren sehr bescheidene Männer, die hochprofessionell und seriös gearbeitet haben. Es gab keine Angriffsflächen für Kritik“, sagt Steinert. „Man darf auch nicht vergessen, dass Anfang der 60er-Jahre der Krieg und seine Zerstörungen an vielen Stellen noch sichtbar war.“ Der Bau des Hamburger Kongresszentrums sei ein Paradebeispiel für Meisters seriösen Umgang mit Geld. Bürgermeister Weichmann habe seinem Bausenator Meister gesagt, dass das Zentrum nicht teurer als 100 Millionen D-Mark werden dürfe. Tatsächlich setzte Meister die Verträge so auf, dass diese Summe eingehalten wurde. „Caesar war stolz darauf, dass ihm das gelungen war.“

„Caesar Meister war Genossenschaftler durch und durch, weshalb er sich nach seiner Zeit als Senator konsequent vom

sozialen Wohnungsbau abgewendet hat“, berichtet Steinert über Meisters Genossenschaftsverständnis. „Das Selbstbestimmungsrecht der Genossenschaft war für ihn ein hohes Gut. Ein höheres als die Fremdbestimmung, die der soziale Wohnungsbau mit dem Einfluss der Wohnungsämter auf die Belegung der Wohnungen über viele Jahrzehnte mit sich brachte.“ Hinzu kam, dass der Anteil der Sozialwohnungsberechtigten von 70 auf 14 Prozent gefallen war. Heutzutage ist das anders geworden. Doch damals habe sich die Bergedorf-Bille ihre Freiheit zurückgeholt, indem sie die finanziellen Verpflichtungen aus dem sozialen Wohnungsbau an den Staat zurückzahlte. „Alles das war nur möglich, weil Meister den Grundstein für einen Weg zu einer hohen Eigenkapitalquote seiner Genossenschaft gelegt hatte“, so Steinert. Nur so sei es der Bergedorf-Bille auch in den folgenden Jahrzehnten möglich gewesen, aus eigener Kraft Wohnungsbau zu betreiben.

1985 übernahm Jürgen Steinert den Vorsitz des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen. Dabei spielte Caesar Meister eine maßgebliche Rolle. „Ich war nach meiner Senatorentätigkeit in die freie Wirtschaft gewechselt, hatte die Welt kennengelernt und mir war eine Führungsposition im Mineralölunternehmen BP angeboten worden, als auf einmal Caesar Meister bei mir anrief“, erinnert sich Steinert. „Ich sollte ihm grünes Licht geben, weil er mich als Kandidaten für den Vorsitz des Gesamtverbandes vorschlagen wollte. Auf meine Antwort, dass ich schon verpflichtet sei, antwortete er nur: ‚Davon werden wir dich entpflichten‘ – was dann auch geschah.“ Der wohnungspolitische Außenseiter Steinert wurde mit großer Mehrheit gewählt.

„Caesar Meister war der Wert der Verbandsarbeit für die Genossenschaften stets bewusst und er engagierte sich aktiv“, so Steinert. Die Bewährungsprobe für den Verband kam 1990 mit dem Wegfall des Gemeinnützigkeitsgesetzes, das den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zwar Verpflichtungen auferlegte, ihnen aber im Gegenzug steuerliche Privilegien gewährte. „Schon als ich den Verband übernommen habe, gab es separatistische Tendenzen. Die unterschiedlichen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen mit ihren unterschiedlichen Rechtsformen und Traditionen wollten sich anderen Verbänden anschließen. Viele Genossenschaften sahen ihre Zukunft im Deutschen

Genossenschafts- und Raiffeisen-Verband, weil sie dachten, so ihre Identität besser bewahren zu können. Sie wären dort aber nur fünftes Rad am Wagen gewesen.“

Es gelang Steinert, „die Familie zusammenzuhalten“, da seiner Ansicht nach nur Größe, nicht aber Zersplitterung, der Wohnungswirtschaft ein Gehör verschaffte. Der neue Gesamtverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW, heute Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen) wurde neu und demokratischer als sein Vorgänger strukturiert. Die Bergedorf-Bille engagierte sich intensiv in den Diskussionen. Steinert plädierte damals dafür, dass die Regionalverbände, in denen die einzelnen Unternehmen Mitglieder sind, erhalten blieben. Außerdem hatten im GdW jetzt nur noch die Unternehmer, nicht hauptamtliche Mitarbeiter des Verbands, das Kontrollrecht.

Damit die einzelnen Unternehmensformen ihre politischen Forderungen diskutieren und formulieren konnten, wurden die Bundesarbeitsgemeinschaften eingeführt, darunter die der Genossenschaften. „Das ist wohl die wichtigste Botschaft nach der Aufhebung der Gemeinnützigkeit. Die Unternehmer bestimmen regional und zentral selber über die Geschicke ihrer Verbandspolitik“, betont Steinert. Über die Verbandsarbeit könnten die Genossenschaften aktiv an der wohnungspolitischen Entwicklung teilnehmen.

Der GdW vertritt als Dachverband auch heute noch die wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Regionalverbände sowie die Interessen der deutschen Wohnungsbaugenossenschaften.

